

Landtagswahlen: 14. Oktober 2018 in Bayern

Antwort der Linken:

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema

(http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?

Es gibt viele Möglichkeiten, seitens der Landespolitik Sichtbarkeit und damit Selbstverständlichkeit für Minderheiten umzusetzen. In Berlin wurde in diesem Jahr erstmals eine Auszeichnung für das Engagement zugunsten der lesbischen Sichtbarkeit vergeben, Niedersachsen etwa hat mit einer Kampagne 2017/18 die Sichtbarkeit von LSBTIQ* und ihren Themen signifikant erhöht. Über nationale oder Landesaktionspläne sind solche Maßnahmen grundsätzlich über einen initialen Zeitraum gut zu realisieren. Wichtig ist die Fortführung in der Bildungs-, Gesundheits-, Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik. Akzeptanz und Vielfalt sind Querschnittsthemen, also müssen alle Ressorts das entsprechend auf dem Schirm haben und in ihrer Arbeit berücksichtigen.

Frage 2:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in

Bisexuelle Wahlprüfsteine

den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Coming-outs werden selbstverständlicher und in Teilen auch einfacher. Das zeigt zum Beispiel die Längsschnitt-Studie „Out im Office“ in ihrer ersten Vergleichsperiode 2007 – 2017, nahezu in allen Bereichen haben sich die Zahlen der am Arbeitsplatz als solche wahrnehmbaren lesbischen, schwulen oder bisexuellen Menschen verdoppelt. Das ist gut so, aber längst noch nicht im Bereich der Alltäglichkeit.

Wir sind immer solidarisch aktiv, sollten Personen in unserem Sichtfeld bi- oder homophob angegangen werden. Auch die subtilen Abwertungs-Denkmuster reflektieren wir und möchten gerade im Arbeitsrecht ein Ende der Sonderkündigungsrechte für Tendenzbetriebe, wie die Kirchen. Es kann nicht angehen, dass eine legale Form von Partnerschaft zu einem Nichteinstellungs- oder Kündigungsgrund gemacht wird.

Frage 3:

Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen?

Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Bisexuelle Jugendliche brauchen Vorbilder, Ansprechpersonen und ggf. gute Strukturen der Jugendhilfe und Jugendarbeit, in denen sie für ihre Selbstbestimmung und Entfaltung gestärkt und gestützt werden. Das heißt, neben queeren oder bisexuellen Jugendgruppen braucht es entsprechende Kompetenzen bei Lehrkräften, insbesondere bei den Vertrauenslehrer*innen, bei Leitenden von Jugendgruppen ohne spezifischen bi- oder queer-Bezug, es braucht Schulaufklärungsprojekte, wie sie mit SCHLAU schon in vielen anderen Bundesländern bestehen.

Die Mittel für die notwendigen Qualifizierungen und Schulaufklärungsprojekte muss das Kultusministerium zur Verfügung stellen, die Stärkung queerer Strukturen inklusive der spezifischen Angebote für bisexuelle Menschen wird in der Regel über das Sozial- und Gesundheitsministerium koordiniert und gefördert.

Die benötigten Mittel hierfür liegen für ein bevölkerungsreiches Land wie Bayern bei schätzungsweise 250.000-400.000 € pro Jahr, dazu müsste allerdings ein konkreter Maßnahmenplan in den Ministerien erarbeitet werden, ein Teil kann sicherlich auch im Rahmen bisherigen Qualifizierungsmaßnahmen oder Projektmittel realisiert werden.

Frage 4:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf).

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang komplett verschwiegen.

In Bayern gibt es als einziges Bundesland keinen Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung (<https://www.lsvd.de/politik/aktionsplaene-fuer-vielfalt-und-akzeptanz.html>).

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen über Bisexualität aufgeklärt werden?

Wir setzen uns für einen Bildungsplan ein, der die Vielfalt von Liebe, Sexualität und Geschlecht und verantwortliches Handeln widerspiegelt. In einem Landesaktionsplan oder einer Kampagne unserer Antidiskriminierungsstelle können flankierende Maßnahmen den Nachholbedarf bei jenen abdecken, die das Bildungssystem bereits durchlaufen haben oder als Eltern, Verwandte, Lehrkräfte, Freund*innen der Familie am Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen im Land in besonderem Maß beteiligt sind.

Frage 5:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexuaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexuaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und/oder nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandte Kräfte wie den „Besorgten Eltern“?

Bayern ist ein traditionsbewusstes Land und das friedliche Miteinander in aller Unterschiedlichkeit ist ein Grund-Selbstverständnis. Es ist an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen und Bevölkerungsgruppen, die zuletzt wieder vermehrt Anfeindungen und Anlehnung erfahren müssen, zu ermächtigen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dann ist auch irgendwann kein spezieller Diskriminierungsschutz mehr notwendig. Bei der LINKEN finden reaktionäre Ideen keinen Widerhall, wir stehen klar und deutlich für die Menschen- und Grundrechte ein.

Frage 6:

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine **Initiative zu sexueller Sichtbarkeit:**

http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/2017_neu/170922_VIII_Bisexuelle.html, <http://haki-sh.de/de/nachrichten-lesen/echte-bisexuelle-vielfalt-im-norden.html>.

Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Ihr Bundesland vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Wie bereits auf Frage 1 geschrieben, ist das eine der vielen Möglichkeiten, die auch Bayern nutzen sollte, um bisexuelle Bayer*innen zu empowern und Bisexualität wahrnehmbar zu machen. Es wäre wichtig, die Lebenssituation in Bayern und die bayrischen Bedarfe gemeinsam mit der Community und Einzelpersonen, sowie ggf. flankierend mit Expertisen aus Sozialwissenschaft und Pädagogik, zu erheben. So hat es Niedersachsen erfolgreich angefangen.

Frage 7:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher (<https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid->

[17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html](https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe)).

Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten? Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung?

Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Die Forschung an den Hochschulen ist grundsätzlich frei, es ist jedoch möglich, besondere Forschungsfelder seitens der Politik im Rahmen eines Landesaktionsplans oder einer Kampagne über einen begrenzten Zeitraum zu fördern. Das Wissenschaftsministerium wäre hierzu gefragt, ohne Einfluss auf die Fragestellungen der Forscher*innen zu nehmen, natürlich.

Der Wissenschaftliche Dienst stellt den politisch Verantwortlichen immer alle verfügbaren Informationen zusammen. Wir nutzen das entsprechend und haben in den Landtags- und Bundestagsfraktionen queerpolitische Sprecher*innen z.T. mit eigenen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen zu diesem Themenfeld.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich** (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>, <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>).

Warum gibt es keine harten Konsequenzen für menschenrechtsfeindliche Äußerungen von Politiker_innen? Wie wollen Sie das ändern, dass einzelne Politiker_innen sich so daneben benehmen?

Die wirksamste Konsequenz für reflektionsunwillige Populist*innen ist wohl die Abwahl.

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Vorausgesetzt, dass alle Bürger*innen mehr oder weniger in eine Gesellschaft hineingewachsen sind, die rassistische, ableistische, bi- oder homo-, trans* oder inter-feindliche, geschlechterhierarchische Denkmuster vermittelt, ist es wichtig, immer wieder einzufordern (oder selbst zu zeigen), dass Einstellungen oder Gewohnheiten kritisch geprüft und eigene Verhaltensweisen positiv weiterentwickelt werden können.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist ein besonders zu verachtendes Vergehen

(<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>).

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Neben der Polizeistatistik braucht es eine landesweit erreichbare Beratungs- und Meldestelle, die sich mit den spezifischen Belangen von bisexuellen, aber auch von homo-, pan- oder asexuellen Personen auskennt. Dasselbe gilt im Übrigen für Gewalt gegen trans- und intergeschlechtliche Menschen. Die Polizei braucht entsprechende Schulungen, um Hassgewalt gegen sexuelle oder geschlechtliche Minderheiten besser einordnen und die Betroffenen angemessen in den Ermittlungsverfahren behandeln zu können. Über die bessere Faktenlage zur Gewaltsituation können dann weitere Maßnahmen der Prävention ergriffen werden, aktuell ist wohl nur Opferberatung, Selbstbehauptungstraining für potenzielle Zielgruppen und die bessere Aufklärungsarbeit samt Datenerfassung realisierbar. Das wäre ein erster und wichtiger Schritt.

Frage 10:

Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als einziges Kriterium nicht

Bisexuelle Wahlprüfsteine

nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter

(https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824).

Was ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegeln für Männer, die mit Männern Sex haben?

Die Blutspenderegeln sollten unabhängig von den Geschlechterkombinationen das Sexualverhalten ausschließlich aufgrund realer Risikofaktoren beurteilen. (Also ob unsafe Praktiken mit Personen ausgeübt werden, die mit mehreren Personen Sexualkontakte haben oder ob auch es die blutspendende Person selbst ist, die ihr Sexleben so gestaltet.) Dafür ist erforderlich, dass die Menschen wissen, welche Praktiken ein Übertragungsrisiko mit sich bringen und wie sie sich schützen. Die Aufklärungsarbeit der AIDS-Hilfen hat hier in den letzten Jahrzehnten viel erreicht, damit Männer, die Sex mit Männern haben, gut informiert sind.

Frage 11:

Die sogenannten „Homoheiler“ sind eine höchst gefährlich unwissenschaftliche Gruppe, die Erwachsene, aber vor allem auch Jugendliche weitreichenden psychischen Schaden zufügen. Leider sind die **Reparativtherapien** in Deutschland noch nicht verboten

(<https://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/konversionstherapien-bundesregierung-will-homo-heiler-nicht-verbieten/19476438.html>,
<https://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/initiative-im-bundesrat-bremen-will-homo-heiler-verbieten-lassen/22972658.html>).

Im Gegensatz zu anderen Ländern

(https://de.wikipedia.org/wiki/Reparativtherapie#Rechtliche_Lage).

Was tun Sie dafür, um besonders Jugendliche vor diesen Scharlatanen zu beschützen?

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Wir wollen aufklären und über Bundesrat und Bundestag ein explizites Verbot von sogenannten Konversionstherapien in Deutschland erwirken.

Frage 12:

Was möchten Sie noch hinzufügen?

Wir würden uns freuen, wenn BiNe uns über die Belange und Bedarfe bisexueller Menschen in Bayern auf dem Laufenden hält, zu politischen Themenabenden einlädt und sich unabhängig von queeren oder LSBTIQ*-Netzwerken als eigenständige Interessenvertretung ausbaut. Wir schätzen Eure Arbeit! Danke.